

Weniger Lohn für Grenzgänger

Aesch. Firma Stöcklin reduziert Gehälter wegen Euroschwäche um sechs Prozent

PETER SCHENK

Von 120 Grenzgängern der Firma haben 100 die Lohn-einbussen akzeptiert. Neun Mitarbeitern wurde gekündigt. Die Gewerkschaft Unia spricht von Lohndumping, das Baselbieter Arbeitsamt startet eine Untersuchung.

Die Aescher Förder- und Lagertechnikfirma Stöcklin Logistik exportiert 80 Prozent ihrer Produkte in die EU. Durch den schwachen Eurokurs ist sie in Schwierigkeiten geraten.

Chef Urs Grütter hat deshalb in einem Brief von Ende Juli 2010, dessen französischsprachige Version der BaZ vorliegt, die 120 Grenzgänger unter den 370 Mitarbeitern angeschrieben und sie aufgefordert, einer Lohnkürzung von sechs Prozent zuzustimmen. Er argumentiert darin, dass der Eurokurs in den letzten sieben Monaten um zwölf Prozent von 1.51 auf 1.33 Franken gesunken sei, was die Produktionskosten gegenüber der ausländischen Konkurrenz stark erhöht habe.

AUSGLEICH. Die Grenzgänger sollen nun die geringere Wettbewerbsfähigkeit ausgleichen, indem sie ab 1. September 2010 auf die besagten sechs Prozent Lohn verzichten. Sie hätten so immer noch eine kursbedingte Lohnerhöhung von sechs Prozent. Sollte der Euro wieder auf 1.50 Franken steigen, werde die Massnahme abgeschafft.

Nach einem Artikel im «Blick», der das Thema aufgriff, hat sich laut DRS-Regio-



Einverstanden. Chef Urs Grütter (l.) mit einem Elsässer Grenzgänger, der die Lohnkürzung akzeptiert hat. Foto: HBS/Black/Stein/Boyer

najournal das Baselbieter Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga) eingeschaltet. Demnach hat es eine Untersuchung eingeleitet, ob die Lohnkürzungen die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz verletzen. Leiter Thomas Keller war gestern aufgrund einer internen Veranstaltung nicht zu erreichen, sagte aber im Regionaljournal, dass die Kiga mit grosser Wahrscheinlichkeit Massnahmen ergreifen werde.

Für die Gewerkschaft Unia ist der Fall klar: «Es handelt sich um Lohndumping», sagt

Beda Moor, der für die Branche Maschinenbauindustrie zuständig ist. Unia hat deshalb im Rahmen der paritätischen Kommission ein Verfahren wegen Lohndumpings eingeleitet.

GESPRÄCHE. Für den Branchenverband Swissmem, in dem die grössten Maschinenexporteure der Schweiz organisiert sind, liegt «aus heutiger Sicht kein missbräuchliches Verhalten vor», wie Mediensprecher Ivo Zimmermann erklärt. Es gebe offizielle Gründe für die Lohnkürzungen, nämlich wirtschaftliche Schwierigkeiten der Firma. «Wir werden

den Sachverhalt prüfen und sicher das Gespräch mit den Sozialpartnern suchen.» So werde Unia in den nächsten Tagen einen Brief von Swissmem erhalten.

Urs Grütter, Chef von Stöcklin, hat kein Verständnis für die Aufregung, die die Lohnkürzungen nach sich gezogen haben, und regt sich über den «Quatsch» auf, der in diesem Zusammenhang berichtet worden sei. «Fakt ist, dass sich von 120 Grenzgängern 100 mit dem temporären Lohnverzicht einverstanden erklärt haben.» Mit den übrigen 20 habe man das Gespräch gesucht und bis-

her neun Kündigungen ausgesprochen. Das Einschreiten des Kiga wie auch die Kritik und drohenden Prozesse bereiten Grütter keine Magenschmerzen. Er ist überzeugt: «Rechtlich wird es keine Schwierigkeiten geben.»

322 FRANKEN. Ein Elsässer, der den Lohnverzicht nicht akzeptierte, erhielt Anfang September Post von der Personalabteilung. Darin wird ihm auf Ende November gekündigt. Alternative: Ein neuer Arbeitsvertrag, der eine Lohneinbusse von 322 Franken vorsieht.

Mitarbeiter: Isobel Strassheim

Der Verband will vor Gericht

Protest in Brüssel gegen die Diskriminierung von EU-Bürgern

PETER SCHENK

Die elässische Grenzgängervereinigung will ihre Mitglieder bei Klagen gegen Stöcklin wegen missbräuchlicher Kündigung unterstützen. Wenn nötig, soll das Bundesgericht angerufen werden.

Jean-Luc Johaneck, Präsident der elässischen Grenzgängervereinigung, die 19000 Mitglieder zählt, will gegen die Lohnkürzungen für Grenzgänger bei der Aescher Firma Stöcklin rechtlich vorgehen und auch bei der EU-Kommission in Brüssel protestieren. «Es kann nicht angehen, dass Bürger der EU diskriminiert werden», argumentiert er. Die Kündigungen würden gegen die bilateralen Verträge zur Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz verstossen. Zudem gelte das Prinzip, allen Beschäftigten die ortsüblichen Löhne zu zahlen.

Ausserdem will Johaneck Mitglieder des Verbandes unterstützen, die gegen Stöcklin wegen missbräuchlicher Kündigung klagen wollen. «Wir sind bereit, die Klagen bis vor das Bundesgericht weiterzuziehen.» Gibt das Gericht den entlassenen Grenzgängern Recht, seien Entschädigungen von bis zu sechs Monatslöhnen möglich.

«ABSURD.» Für Johaneck sind die Lohnkürzungen absurd: «Da könnte man ja auch den Baselbietern die Gehälter kürzen, weil sie weniger Miete zahlen müssen als die Beschäftigten, die in Basel wohnen.»

Der Grenzgängerpräsident schätzt, dass 80 Prozent der betroffenen 120 Grenzgänger aus Frankreich kommen, darunter auch ein, zwei Schweizer, die im Elsass wohnen, und der Rest aus

Deutschland. Er befürchtet, dass die Kürzungen das Klima im Betrieb vergiften werden.

Rolf Eichlin, Vorstandsmitglied des badischen Vereins Grenzgänger Info, der rund 6000 Mitglieder zählt, fiel aus allen Wolken, als er von den Lohnkürzungen erfuhr. «Aufgrund des Wechselkurses kann man keine Lohn-debatte führen», sagt er und fragt: «Würde denn der Lohn in der Firma erhöht, als der Euro sehr stark war?»

Ausserdem verweist er darauf, dass sich die deutschen Grenzgänger wegen des starken Frankens auf kräftig steigende Abzüge bei den Krankenkassenprämien, die lohnabhängig berechnet werden, und die Steuern einrichten müssten. Ein Problem hätten auch Grenzgänger, die ihre Hypotheken in Franken aufgenommen haben.